

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin ober bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung außer Stadt 3,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragener. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Amt Norden 2808 und 2804.

Inhaltsstoffe: Die wichtigsten Nachrichten über den Krieg, die Weltwirtschaft, die Politik, die Kultur, die Wissenschaften, die Kunst, die Literatur, die Sport, die Unterhaltung. Informativ-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Amt Norden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Revolutionisierung der Internationale.

Die provisorischen Statuten der Internationale.

Auf dem zur Zeit tagenden internationalen Sozialistenkongress in Lugern wurden nach langer Debatte in der Sitzung vom 6. August die grundlegenden provisorischen Statuten der Sozialistischen Internationale angenommen. Die berücksichtigten folgende Gesichtspunkte und Ziele:

1. Politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zur Erhebung der politischen Macht und Sozialisierung der Produktion und der Austauschmittel. Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.
 2. Internationale Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerbundes, Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus, allgemeine Abschaffung des Militarismus und der Rüstungen.
 3. Vereinigung der Interessen aller unterdrückten Völker.
 4. Zusammenfassung der politischen Kräfte der Gewerkschaften und Arbeitervereine, die weiter als autonome Körperschaften betrachtet werden, um gemeinsam im internationalistischen und revolutionären Geist zur Erhaltung des Weltfriedens vorzugehen.
- In diesen Grundsätzen ist vor allem bedeutsam, daß hier die Erhebung der politischen Macht und die volle Sozialisierung als Ziel der Internationale bezeichnet sind. Die Grundsätze bedeuten also eine glatte Abjage an die Praxis der deutschen Rechtssozialisten und sie zeigen, daß die Forderungen unserer Partei auch die Forderungen der ganzen sozialistischen Internationale sind.

Internationaler Sozialistenkongress.

Lugern, 8. August.

Gestern nachmittags fand eine öffentliche Sitzung statt. Sie war fast ausschließlich mit Lesen und Uebersetzen des bis jetzt vorliegenden Teiles des Kommissionsberichts und einer von der französischen Mehrheit und den deutschen Unabhängigen eingebrachten Gegenresolution ausgesetzt.

Der erste Abschnitt des Kommissionsberichts bezieht sich auf die Einleitung der neuen sozialistischen Regierungen und verspricht diesen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklassen aller Länder bewiesen, daß die beste Friedensgarantie darin liegt, daß sie selbst zur Macht gelangen. Noch nie wäre die Lage so tief revolutionär und nie günstiger zur Auslösung einer sozialistischen Organisation gewesen.

Im zweiten Abschnitt über die Friedensverträge wird festgestellt, daß erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Internationale daran gehen könne, mit aller Energie für eine Aenderung dieser Verträge in einem für die Befreiung der Völker günstigen Sinne einzutreten. Die Internationale betrachte die Worte des deutschen Ministers des Auswärtigen Hermann Müller, daß Deutschland alle Anstrengungen machen wird, um in lokaler Weise im Rahmen des Möglichen den Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, als einen Ausgangspunkt für den Wiederaufbau der Beziehungen zwischen den Völkern und zur Verstärkung des Mißtrauens gegen Deutschland. Diese selbstbewußte Haltung Deutschlands werde die siegreichen Nationen zu einer Politik der Mäßigung zwingen.

Das dritte Kapitel fordert, daß die Internationale in einen internationalen sozialistischen Staat umzuwandeln. Der Völkerbund müsse alle Völker umfassen und den Völkern direktes Stimmrecht geben, damit ein direktes Weltparlament zustande komme. Er müsse vor eine sofortige allgemeine Abrüstung einleiten und die Verträge der militärischen Beziehungen verkürzen. Der Völkerbund müsse schließlich die Internationalisierung der Rohmaterialien, des Schiffstransports, der Verkehrsmittel, des Handels und Münzwesens und der Bezahlung der Kriegs-

schulden organisieren, wozu der Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten in einen allgemeinen Wirtschaftsrat des Völkerbundes umgewandelt werden soll. Die Internationale verlange, daß der Völkerbund sofort einberufen wird.

Der Abschnitt 4 (territoriale Fragen) erklärt, daß durch den Friedensvertrag die an Elbaf-, Vothringen-, Schleswig und Polen verübten Vergewaltigungen wieder gutgemacht worden seien. Die Alliierten hätten aber neue Ungerechtigkeiten begangen, indem sie ganzen Völkern das Recht entzogen hätten, ihren Willen zu bekunden. Es wird daher das politische Regime des Saargebietes verworfen und das Recht Deutschlands zum Anschluß an Deutschland und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Gebiete der Tschecho-Slowakei und Südtirols gefordert. Die westpreussischen Gebiete sollen deutsch bleiben und Polens Zugang zum Baltischen Meer durch Internationalisierung der Weichsel und Schaffung des freihafenartigen Danzigs gesichert werden. Die Volksabstimmung habe unter Ueberwachung des Völkerbundes zu erfolgen.

Im fünften Kapitel über die wirtschaftlichen Fragen wird die sofortige Befreiung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme verlangt. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse dürfe durch diese Belastung nicht dauernd unter die der anderen Nationen herabgedrückt werden, da dadurch die Gefahr der Vorkriegsdrückerei hervorgerufen würde. Die Entschädigungssumme dürften nicht zu verschleierten Annexionen gebraucht werden. Das Abkommen über die Sicherstellung in Entschädigungskommissionen soll durch den Völkerbund und nicht durch die Alliierten getroffen werden. Die Beschaffung von Rohmaterialien und die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung soll Deutschland und Deutschösterreich durch den Völkerbund garantiert werden. Die Ueberwachung der Kredite für Schiffbau, Nahrungsmittel und Rohmaterialien soll Körperschaften überwiesen werden, in denen auch die ehemals feindlichen Staaten innerhalb des Völkerbundes vertreten sind. Verpflichtungen über Restbörungsleistungen, Eisenbahnen, Internationalisierung von Klüften und Kanälen sollen auf Gegenseitigkeit allen Völkern auferlegt werden.

Im letzten Abschnitt über die Kolonien wird die Wegnahme der deutschen Kolonien als Ungerechtigkeit und Fehler bezeichnet. Die übrigen Nationen könnten sich weder auf eine moralischere Kolonialverwaltung berufen, noch dürften sie Deutschland der Möglichkeit des Wiederaufbaues seines wirtschaftlichen Lebens berauben.

Die von Louquet verlangte Gegenresolution der französischen Mehrheit und der deutschen Unabhängigen rufte mit allem Nachdruck zur Sammlung der Proletariat und der revolutionären Kräfte zwecks Erlangung der politischen Macht und der Verwirklichung des Sozialismus auf. Was den Friedensvertrag anbetreffe, der dem Krieg einen kapitalistischen und nationalistischen Abschluß gegeben habe, will die Resolution den besiegten Völkern hinsichtlich der Wirkung keine Illusionen machen, da die Pariser Konferenz gezeigt habe, daß die Ententestaaten fest entschlossen seien, die Früchte ihres Sieges zu ernten. Sie rufe daher die ganze organisierte Arbeiterkraft zur Einigkeit auf, um den Zeitpunkt zur Errichtung des Sozialismus zu beschleunigen. Nur dieser werde allen Völkern Gerechtigkeit bringen. Schließlich wird die Resolution bekräftigen aus gegen die Bildung von 7 kleinen Staaten ohne eigene innere Lebenskraft und verwirft das Vorgehen der Entente gegen Rußland und Ungarn, ohne ein Urteil über die bolschewistische Methode auszusprechen. Eine Untersuchungskommission soll neuerlich nach Rußland entsandt werden.

Als einziger Diskussionsredner erhielt dann Weiss das Wort, der in einer längeren Rede den Friedensvertrag nach Gesichtspunkten kritisierte, denen in beiden Resolutionen Rechnung getragen ist. Er behandelte ferner die große, Europa im kommenden Winter drohende Kohlennot, zu deren Behebung er die sofortige Einberufung einer internationalen Bergarbeiterkonferenz verlangte.

Siebenstundentag im englischen Kohlenbergbau.

Amsterdam, 8. August.

Das Reutersche Bureau meldet aus London, daß das Unterhaus den Gesetzentwurf über die Kohlenbergwerke, der den Siebenstundentag einführt, angenommen habe.

Zur Frage der Auslandskredite.

Uns wird geschrieben:

Der Handelsverkehr unter den Völkern ist im normalen Zustand der Dinge reiner Kaufverkehr: Ware gegen Ware. Der verwickelte Verrechnungsmodus der modernen Zeit läßt dieses Kaufverhältnis nicht so klar hervortreten. Dennoch besteht es, heute wie vor Jahrtausenden. Auch die Lebensmittel und Rohstoffe, die Deutschland gegenwärtig einführt oder noch einzuführen hofft, sind nichts anderes als Gegenleistungen des Auslandes für die von uns ausgeführten oder in Zukunft noch auszuführenden Waren. Nur insofern besteht ein außergewöhnlicher Zustand, als wir gegenwärtig genötigt sind, das Ausland zu bitten, daß wir unsere Gegenleistungen an Waren erst später erlassen dürfen. Wir müssen, wie der technische Ausdruck lautet, um einen „Kredit“ nachsuchen. Warum wir diesen Kredit nötig haben, ist bekannt. Alle Teilnehmer unserer Gütererzeugung: der Mensch, das Vieh, unsere Betriebsmittel (Maschinen, Apparate usw.), ja selbst der Ackerboden, sind stark abgenutzt und müssen erst wieder instand gesetzt werden. Das Ausland, vorzüglich Amerika, ist in der Lage, uns Kredit zu gewähren. Aber — es will nicht! Warum es nicht will, das ist ein langes Kapitel. Genug, das internationale Großkapital will auf den deutschen Wechsel nichts borgen, wenigstens nicht annähernd soviel, wie wir selbst bei den bescheidensten Ansprüchen nötig haben.

Diese Sachlage muß man sich vor Augen halten, um das ungläubliche Verhalten der Regierung gegenüber den in Deutschland befindlichen ausländischen Wertpapieren nach Gebühr würdigen zu können. Wieviel von diesen Werten bei uns noch gibt, nachdem wegen der verdrehten Nachlässigkeit früherer Finanzverwaltungen ein großer Teil davon ins Ausland verschwinden ist, darüber sind nur Vermutungen möglich. Gleichviel indessen, ob der Gesamtbetrag eine Milliarde beträgt, oder etwas mehr oder etwas weniger, so ist es doch offenbar für das deutsche Volk ein Gebot der nackten Selbsterhaltung, sich diese wichtigste Reserve, die uns noch für die Bezahlung der dringendst benötigten Einfuhrgüter offen ist — die überhaupt einzige Reserve, falls die Amerikaner unsere Bitten um Kredit ablehnen — zu sichern. Was aber tut unsere Regierung? Sie steht mit untergeordneten Armen zu, wie um den Besitz dieser Papiere ein wüster Kampf unter den Kapitalflüchtlingen, Steuerbrüderbergern und Valutadekulanten entbrannt ist. Den Kampfplatz bilden die deutschen Börsen. Eine milde Aufwärtsbewegung hat in diesen Börsen namentlich seit dem Tage eingesetzt, an dem etwas von der Absicht der Regierung, zwecks Verhinderung der Steuerflucht Wertpapiere und Banknoten abzutempeln, verlautet hat. Für das Ausmaß dieser Steigerungen sei als Beispiel die Aktie der Kanadischen Pacific-Eisenbahn erwähnt, von der es in Deutschland noch etwa 25 Millionen Dollar (zum heutigen Kurs etwa 400 Millionen M.) geben dürfte. Dieses Papier hat in den letzten Wochen eine Kurssteigerung von 120 Prozent erfahren. Soweit die betreffenden Käufer von der Absicht ausgehen, sich vor den zersetzenden Wirkungen der deutschen Notenpresse zu retten, mag man ihnen die Anlage in ausländischen Papieren, falls damit keine Steuerhinterziehungen beabsichtigt sind, nicht einmal so sehr verübeln. Aber der Kapitän eines im Sturm treibenden Schiffes, der es zuläßt, daß die Passagiere erster Klasse alle Rettungsringe einseitig für sich in Anspruch nehmen, sollte von der Kommando-Brücke herangezogen werden.

Die breiten Schichten sind leider in Finanzsachen zu wenig sachverständig, um diesen Vorgängen die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie verdienen. Daß es hier um die Daseinsbedingungen des deutschen Volkes geht, wissen nur wenige, und die es wissen, sind meistens Großhinterrenten dafür, daß das Volk in Unwissenheit gehalten wird. Herr Erzberger wandelt in dieser Frage vollkommen in den Fußstapfen seiner Vorgänger, des völlig ahnungslosen Herrn Schiffer und des leider nur zu sachverständigen Herrn Dernburg. Wer etwa aus seinen neuesten Gesellen die Meinung gewonnen hätte, daß Erzberger den Mut besäße, dem Kapital wirklich zu Leibe zu gehen, der wird durch sein völlig passives Verhalten in der Frage der Auslandskredite von seiner Täuschung geheilt werden. An diese Rettungs-

Planke der Bankdirektoren und Großkapitalisten trägt auch er nicht zu rühren.

Was aber diese wilden Kursstrebereien in Auslandswerten, die den deutschen Börsen seit Monaten das Gepräge verleihen, noch besonders abstoßend erscheinen läßt, das ist folgende Erwägung: Das Mißtrauen des ausländischen Großkapitals gegen Deutschland findet, abgesehen von der Kapitalmangelhaftigkeit, die es den um Kredit bittenden Vertretern der deutschen Großfinanz entgegenbringt, seinen typischsten Ausdruck in der immer mehr zurückgehenden Bewertung der Reichsmark an den neutralen Börsen. So wird z. B. die Mark in der Schweiz gegenwärtig mit 33 Centimes bezahlt gegen 126 Centimes im Frieden. Diese herabwürdige Entwertung hat natürlich zur Folge, daß das deutsche Volk ausländische Waren einführt mit dem vierfachen Preis bezahlen muß. Das zeigt, wie sehr der Tiefstand unserer Mark jedem einzelnen Bürger zum schweren Nachteil gereicht. Nur die Käufer der Auslandswerte sind darüber anderer Ansicht. Je kränkliger es Deutschland geht, je tiefer also unsere Währung im Ausland sinkt, um so mehr blüht ihr Weizen, denn um so mehr müssen die auf ausländische Währung lautenden Papiere im Preise steigen. Tatsächlich rührt jeder neue Rückgang des Markkurses an den deutschen Börsen automatisch eine Kurssteigerung in ausländischen Papieren hervor, und die Spekulanten können immer reichere Gewinne einheimen. Diese Sachlage ist indessen nur denkbar, wenn die Käufer der Papiere das absolute Vertrauen zur Regierung haben, daß sie, wenn wirklich einmal zur Beschlagnahme gezwungen werden sollte — wir werden auf die Dauer gar nicht darum kommen — dies zu den hochgradigsten Kurserfolgen.

Der naive Verstand wird sich vielleicht fragen, wie denn ein Bruchteil der Bevölkerung dazu kommt, sich in dieser Weise an dem Anfall der Gesamtheit zu bereichern? Darauf kann man ihm nur abschließend erwidern: In der Kriegsmoral hat sich eben nichts geändert. Wird die Beschlagnahme der Auslandswerte eines Tages ausgesprochen (falls dann noch etwas da ist), so werden die damit zu bezahlenden Einfuhrgegenstände dem deutschen Volke um so teurer zu stehen kommen, je höher wir die Preise der ausländischen Waren, die wir erwirbt, die feste Ueberzeugung der Käufer. Sonst hätte es ja zu diesen Steigerungen niemals kommen können. Es ist also in Wirklichkeit das Weib und der Speck der drei letzten Jahre, um das jetzt an der Börse gespielt wird. Wer milder Gemüthsart ist, mag die Unbilligkeit der Regierung dieser Frage von elementarer Wichtigkeit gegenüber mit dem verhängnisvollen Einfluß ihrer interessierten Berater entschuldigen, weit wichtiger aber ist die Auffassung, daß sich darin ihre verhängnisvolle Abhängigkeit von den Kapitalisten zeigt, denen diese Regierung nicht wehe tun kann.

Generalfreist in Chemnitz.

Sprengung des sächsischen Landesarbeiterrats. Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Leipzig, 8. August.

Die gegenrevolutionären Schwärmer des Moskauer haben in Sachsen einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die Chemnitzer Arbeiterschaft hat sich zu einer wichtigen Protestaktion gegen den Belagerungszustand und die Provokationen der Moskauer Gendarmen und am Freitag, den 8. August, den Generalfreist beschlossen. Die Ursache dazu ist die unerhörte Provokation der Chemnitzer Bevölkerung durch die sächsische Regierung. Als am 7. August in Chemnitz hundert Frauen auf dem Marktplatz demonstrierten, wurden Moskauer Gendarmen mit aufgeschuldeten Bajonetten gegen sie aufgerufen. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem die Moskauer eine Handgranate in die Menge warfen und dadurch zehn Leute, darunter drei Kinder, schwer verletzten. Die erbitterte Menge ging gegen die Moskauer Gendarmen vor, nahm ihnen die Gewehre und Maschinengewehre weg, zerbrach die Waffen und trieb die Moskauer in die Flucht. Die Antwort der sächsischen Regierung darauf war die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes über Chemnitz. Heute traten nun die Betriebsvertrauensleute in Chemnitz zusammen und beschlossen den Generalfreist.

Gleichzeitig tagte in Dresden der sächsische Landesarbeiterrat. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die unabhängigen und kommunistischen Mitglieder unter Hinweis auf die Provokation in Chemnitz die Aufhebung des Belagerungszustandes. Der Antrag wurde mit 24 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärten die Antragsteller, daß sie unter diesen Umständen nicht weiter verhandeln könnten und verließen den Saal. Sie richteten an die sächsische Arbeiterschaft folgenden Aufruf:

„An die sächsische Arbeiterschaft. Seit vier Monaten besteht in Sachsen der Belagerungszustand, den eine sozialreaktionäre Regierung wider alles Recht über die sächsische revolutionäre Arbeiterschaft verhängt hat. Die Kreisarbeiterräte von Leipzig und Chemnitz haben gegen den Belagerungszustand protestiert. In zahlreichen Versammlungen hat die Arbeiterschaft ihre Enttäuschung über den Belagerungszustand Ausdruck verliehen, ohne daß die Regierung Gnadenerlasse erlassen hat, den Belagerungszustand aufzuheben.“

Über dem Belagerungszustand und Standrecht sind Arbeiter und Arbeiterführer in die Gefängnisse und Anstalten geworfen worden. Die Massenjustiz des alten bürgerlichen Staates wüthet gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft, die Schutzhaftschande wird empörender gegen die Arbeiterschaft angewandt, als unter dem wilhelminischen Regime. Mit dem Belagerungszustand und dem Standrecht der vorrevolutionären Reaktion sucht sich die Regierung Gnadenerlasse im Amte zu erhalten, weil sie weiß, daß sie jeden Rückhalt in den Reihen der Arbeiterschaft verloren hat. Sie hat die Revolution der Massen und organisiert mit Hilfe des Belagerungszustandes die Gegenrevolution.“

Die Schandtatun Lugar-Cemisch haben unter der sächsischen Arbeiterschaft die stärkste Verurteilung und Erbitterung hervorgerufen. Die Enthüllung der Taten der Lugar-Cemisch der Regierung haben den Arbeiter den Gegenstand der Aufmerksamkeit gemacht, um die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes rückgängig zu machen, mit dessen Hilfe sie den unüberwindlichen Zusammenbruch der rechtssozialistischen Partei in Sachsen aufhalten will. Diesen Zusammenbruch jedoch kann kein Belagerungszustand

mehr verhindern. Die Segmarbeiter der sächsischen Arbeiterschaft gegen diese Regierung ist bei den letzten Arbeiterratswahlen glänzend zum Ausdruck gekommen.

Im selben Augenblick, wo der sächsische Landesarbeiterrat in Dresden zusammentrat, hat die Regierung Gnadenerlasse in Schandtatun Lugar-Cemisch durch die unerhörte Provokation der sächsischen Stadt Chemnitz.

Die sächsische Regierung unternimmt in der „Sächsischen Staatszeitung“ den Versuch, die Lebensmittelunruhen in Chemnitz als einen kommunistischen Versuch hinstellen. In Wahrheit provozierte sie die Bevölkerung, um sich Unterlagen für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes zu schaffen. Die Chemnitzer Arbeiterschaft hat ohne Unterschied der Parteirichtungen auf diese Provokation mit der Erklärung des Protestkongresses geantwortet. Arbeiter Sachverständigen für die sächsische Landesarbeiterrat in Dresden die gemeinsame Grundlage für die Arbeit in den Arbeiterräten schaffen wollte, wagt die Regierung Gnadenerlasse diese neue unerhörte Provokation. Die unabhängigen und kommunistischen Mitglieder des Landesarbeiterrats haben angesichts dieser Provokation im Landesarbeiterrat folgenden Antrag gestellt:

- Der Landesarbeiterrat fordert von der Regierung des Freistaates Sachsen: 1. Unverzügliche Aufhebung des Belagerungszustandes. 2. Entlassung aller aus politischen Gründen Verhafteten. 3. Bähige Amnestie für alle wegen politischer Delikte Verurteilten. 4. Niederschlagung aller politischen Prozesse. 5. Sofortige Entsendung aller nicht-sächsischen Truppen aus Sachsen, Auflösung der Polizeivollzugsregimenten und Einwohnervahren.“

Diesen Antrag haben die rechtssozialistischen Landesarbeiterratsmitglieder mit 24 gegen 19 Stimmen niedergestimmt, nachdem der Abgeordnete Arbeiterratssekretär R. S. L. Plauen, unter dem Vorsitz, daß durch die Auflösung der Polizeivollzugsregimenten die Errungenschaften der Revolution gefährdet würden und unter anderen wichtigen Ausflüchten die Annahme dieses Antrages bekämpft hatte. Damit haben sich die Rechtssozialisten demaskiert. Ihre Partei unterliegt nach wie vor die Gewaltpolitik der Regierung Gnadenerlasse, sie billigt den Belagerungszustand und die Schutzhaftschande.

Unter diesen Umständen haben die unterzeichneten Mitglieder des Landesarbeiterrats beschlossen, solange den Beratungen der Landesarbeiterrat fernzubleiben, so lange die Rechtssozialisten im Landesarbeiterrat an der von Röhle präfigierten Stellennahme festhalten.

Arbeiter und Arbeiterführer! Nehmt überall Stellung gegen den Belagerungszustand! Bringt ungewöhnlich euren Willen zur Beseitigung des Belagerungszustandes zum Ausdruck! Bekundet eure Sympathie mit der streikenden Chemnitzer Arbeiterschaft!

Nieder mit Belagerungszustand und Schutzhaftschande, fort mit den Moskauer-Sachen! Dresden, den 8. August 1919.“ (Es folgten die Unterschriften von 19 Unabhängigen und Kommunisten.)

Die Leipziger Arbeiter, die heute in sechs Versammlungen gegen den Belagerungszustand und die Schutzhaftschande protestierten, haben diesen Aufruf mit stürmischer Zustimmung begrüßt.

Die offizielle Meldung.

Moskauer Bureau verbreitet folgende Darstellung über die Vorgänge in Chemnitz:

Über Chemnitz ist gestern Abend einhellig schwerer Ausschreitungen der Bevölkerung der verschärften Belagerungszustand verhängt worden. Seit Sonnabend fanden in Chemnitz in der Gegend wegen mangelhafter Fettversorgung Demonstrationen statt, die am Donnerstag Abend einen Charakter annahmen. Trotz des Verbotes hatte sich am nachmittag auf dem Königplatz eine große Demonstration versammelt, in der auflebende Reden gehalten wurden. Die Sicherheitskräfte der Menge gegenüber wachlos, ein Teil der Demonstrationen begab sich zum Oberbürgermeister, umhandelte mit diesem in ruhiger sachlicher Weise und erklärte sich, nachdem der Oberbürgermeister einige beruhigende Worte gesprochen hatte. Ein anderer Teil der Demonstration begab sich zum Gerichtshaus, befreite da die Sicherheitskräfte nicht auf Stelle war, einen dort festgehaltenen kommunistischen Führer und zog mit diesem in das Innere der Stadt. Ein Trupp der Reichswehr, der eingesetzt worden war, wurde von der Menge gestört und ihm das Maschinengewehr abgenommen. Aus der Menge heraus wurde gegen die Truppe eine Handgranate geworfen, durch die zehn Personen, darunter zwei Kinder, zum Teil schwer verletzt worden sind.

Chemnitz, 8. August. (M. T. B.)

Die in Chemnitz ausgebrochenen Lebensmittellunruhen haben politischen Charakter angenommen. Um die daraus erwachsenden Unruhen zu unterdrücken, wurden Reichstruppen von außerhalb herangezogen. Als diese heute nachmittag zwischen 3 und 5 Uhr am Bahnhof eingeladen wurden sollten, eröffneten die Tumultuanten, die Maschinengewehre und andere Waffen in ihrem Besitz hatten, ein regelrechtes Feuer auf die Truppen. Infolge des ganz unvorsichtigen Angriffes wurde eine kleine Welle von Gefangenen genommen. Bei dem Zusammenstoß gab es auf beiden Seiten eine Anzahl Toter und Verwundeter. Ein Teil der Waffen der Reichstruppen fiel in die Hände der Tumultuanten, die bisher nur den Bahnhof besetzt halten. Sie fordern Aufhebung des Belagerungszustandes, Zurückziehung der Reichstruppen und Verbesserung der Lebensmittellverhältnisse. Die Forderungen sind telegraphisch nach Dresden weitergegeben worden. Man hofft durch gütliche Vereinbarung mit den Tumultuanten Ruhe und Ordnung wiederherstellen zu können, so daß weiteres Blutvergießen verhindert wird. Die Kammer beschränken sich derzeit auf die äußeren Teile der Stadt. Ein Flugblatt, das zur Ruhe und Beseitigung mahnt, ist verbreitet worden.

Generalfreist der Italiener Deutschlands.

Zweite Reichsalltagskonferenz.

Gestern tagte in Halle die zweite Konferenz der Italiener Deutschlands, die auch allen Reichsarbeitern fast beistimmig war. Festgestellt wurde auch hier wieder, daß der Streik unauflöslich immer weiter um sich greift und die bisherigen Meldungen der Zentralverwaltung über den Umfang der Bewegung sich entgegen den bürgerlichen und sozialistischen Verherrlichern vollst. bestätigen. Die Italiener sind entschlossen, für ihre berechtigtesten wirtschaftlichen Forderungen durchzuhalten bis zum äußersten; das war die einstimmige Stimmung der Konferenzteilnehmer. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 7. August 1919 im Volkspark zu Halle a. S. stattgefundene Reichsalltagskonferenz der Italiener Deutschlands einstimmig die Zentralverwaltung, der Regierung zu erklären: Denn die Regierung nicht sofort Verhandlungen einleitet,

worben die Italiener ab 11. August die Ausführung der Reichsalltagskonferenz zu verweigern.“

Die anwesenden Vertreter der Braunkohlen-Bergarbeiter geben die Erklärung ab, sich mit den Italienern solidarisch zu erklären, wenn die Forderungen der Italiener bis zum 11. August nicht bewilligt werden.“

(Beisitz waren das Vorauer, Oberbühler, Zeig, Weipert, Galt, Galt, Galt und Bitterfelder Braunkohlenrevier.)

Delegierte der Mittelsächsischen Braunkohlenindustrie wurden beauftragt, bei den heute in Weimar stattfindenden Verhandlungen ihre Stellungnahme zum Generalfreist der Italiener der Reichsregierung zu übermitteln.

Beschlossen wurde ferner, daß am Montag, den 11. d. M. vormittags 11 Uhr, im Volkspark zu Halle a. S. eine dritte Konferenz der Italiener einzuberufen ist. Auf diese Konferenz sei bereits heute ganz besonders hingewiesen.

Verhandlungen mit der Regierung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Weimar, 8. August.

Die Zentralverwaltung hat am 8. August in Weimar mit dem Reichsminister des Reichsarbeiters eine eingehende Verhandlung über die Ursache des Ausbruchs der Italiener. Verhandlungen über Beseitigung des Streiks schlichen sich voranschreitend an. Die Delegierten des Mittelsächsischen Braunkohlenreviers unterbreiten der Regierung einen Solidaritätsbescheid. Der Streik geht immer weiter um sich.

Stimmungsberichte.

Moskauer Bureau verbreitet folgende Meldung aus der „Frankf. Zig.“:

In Genua hat sich Anfang Juli ein Mitteldeutscher Block der Eisenbahnbeamten aus den Bezirken Frankfurt, Cassel, Erfurt und Würzburg gebildet, zu dem Zweck die vollständige Demobilisierung der Eisenbahnverwaltung durch einen Streik zu erzwingen. Es wird im September letzten Eisenbahnorganisation gearbeitet, die bis zum 1. September letzten im Genua bereit sein soll. Schon jetzt sind regelmäßige Zusammenkünfte einer Eisenbahnorganisation statt, an deren Spitze der im Juni zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt ausgetretenen Reichsminister Schöpsen steht. Es handelt sich also offenbar um eine Wiederholung der „Demobilisierung nach Genua“.

Die offiziellen „Vol. Parl. Nachrichten“ verbreiten in diese Meldung aufnehmend, eine längere Darstellung über die angeblich aufgedeckte „Verschwörung“, die in der Anlage beigefügt, „die Führer“ arbeiteten ernstlich darauf, einen Verkehrsstreik in dem Augenblick zu proklamieren, wo er das Wirtschaftslieben tödlich treffen muß.

Die ganze Aufmerksamkeit der offiziellen verbreiteten Nachrichten macht den Eindruck, daß die „autonomen Stellen“ wieder einmal wüste Spießphantasien als Tatsachen ausgeben. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, welche Repressivmaßnahmen gegen die Eisenbahnorganisationen in Vorbereitung sind, wenn mit solchem Eifer an der Aufspürung der öffentlichen Meinung gegen die Eisenbahner gearbeitet wird.

Ein befehlter Militär.

General v. Deimling, dessen hochfahrendes Verhalten im Reichstage wohl noch in aller Erinnerung ist, hat an Erzberger ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Daß jede Verhängung der Oberen Exekutive an der Seite auch an der Schwachheit des Reichstags und an der Charakterlosigkeit der Reichsanlagen, was keine einseitige Truppenübungen an der Front, denen hier war, daß gegen die ganze Welt um möglich auf die Tauer liegen kann, schon während des Krieges bitter beklagt und verflucht.“

Man atmet heute deutlich auf, daß endlich die Wahrheit ans Licht kommen soll, und auch daß ihr Verbleib. Wir müssen die Wahrheit haben, aber nicht die halbe, sondern die ganze. Nichtsdesto weniger muß mit dem Schreiner in die verborgenen Winkel hineingestrichelt werden. Das deutsche Volk braucht die Wahrheit zur Selbsterkenntnis, zur Läuterung zur Ueberwindung des Vertrauens der Welt und zur eigenen inneren Ruhe.“

Die Befehle General v. Deimlings ist recht erfreulich. Merkwürdig erscheint es nur, daß die aus seinen Worten sprechende Einsicht während des ganzen Krieges nicht zum Ausdruck gelangt ist.

Die Gegenrevolution in Ungarn.

Die Absichten des Erzherzogs.

Budapest, 8. August.

Nach einer Meldung des Ungar. Teleg.-Bureau wird die provisorische Regierung solange im Amte bleiben, bis der Erzherzog nach Abschluß der Landbevölkerung, der Arbeiterschaft und der Bürgerschaft ein Uebergangskabinet ernennen kann.

Das Manifest des Erzherzogs.

T. U. Wien, 8. August.

In seinem Manifest an die Bevölkerung vermeißelt Joseph von Hohenzollern jede Anspielung, daß er die Republik wolle, und zu monarchischen Einrichtungen zurückkehren möchte. Er sagt auch nicht, daß er als Mitglied des früheren Reichstages, als früherer Erzherzog betritt, sondern nur den Willen, von allen Seiten zugehenden Wünschen Folge leisten. Er zeichnet das Christentum aber als Feldmarschall Erzherzog Joseph und knüpft damit an die Mission an, die er im Oktober 1918 übernommen hatte, als das südböhmische Westerte in Schwaben gezeichnet wurde durch Michael Karolyi vergeblich bemüht hatte, eine Regierung des Grafen Habs zu bilden, die alle Parteien des Abgeordnetenhauses einschließlich der in demselben noch vertretenen Sozialdemokraten umfassen sollte.

Beratungen in Budapest.

T. U. Budapest, 8. August.

In den im Laufe der vorletzten Nacht unter dem Vorsitz des englischen Botschafters Lorden erfolgten Beratungen, an denen Vertreter der Entente, Ministerpräsident Friedrich und Erzherzog Joseph teilnahmen, wurden alle in Betracht

T. U. Beuthen, 8. August.

- Bei einer Demonstration der polnischen Sozialisten im Stadtpark wurden in einer Resolution folgende Forderungen gestellt: 1. Wir fordern die Regierung zum sofortigen Frieden... 2. Wir verlangen sofortige Verbesserung der Industrie... 3. Wir verlangen die sofortige Öffnung der Grenzen... 4. Wir verlangen die Befreiung aller Staatsbeamten... 5. Wir protestieren gegen die Grobvergangenheit.

Gewerkschaftliches.

Der Reichsbanknotendruckauftrag nach Wien.

Eine am Donnerstag, den 7. d. M., abgehaltene Versammlung der mit der Herstellung von Banknoten beschäftigten Arbeitergesellschaft des gewerblichen Gewerkschafts nach Stellung zu den der österreichischen Staatsdruckerei übergebenen Herstellung von 6 Milliarden 60-Mark-Scheine, die einen Kostenaufwand von 15 Millionen ausmacht.

Bei Bekanntwerden dieses Planes hat der Bundesarbeiterverband unter Führung des Prinzipalvertrages mit dem Präsidenten der Reichsbank eine Verhandlung eingeleitet. Die Reichsbank sei eine selbständige Behörde, von dem Druckauftrag sei der Reichsbank 1 1/2 Milliarden 50-Mark-Scheine übertragen und der Auftrag könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das war das Ergebnis der Verhandlung mit dem Reichsbankdirektor Hagenstein. Der Reichsbankminister will von der Druckherstellung in Wien erst in den Verhandlungen des Weimarer Theaters etwas erfahren haben. Er versicherte aber, im Kabinett dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft keine Aufträge mehr ins Ausland vergeben werden. Eine Kommission von je einem Vertreter des Bundesarbeiterverbandes und Bundesbank wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Volkswirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationsrat mit dem Reichsbankminister in Verbindung zu treten, um für die hiesige Arbeitererschaft zu retten, was noch zu retten ist. Wegen die Stimme des Bundesarbeiterverbandes wurde folgende Resolution angenommen:

Die am Donnerstag, den 7. August, im Schulfest verammelten Angehörigen des gewerblichen Gewerkschafts haben mit großer Anteilnahme Kenntnis erhalten von der Tatsache, daß ein großer Auftrag von Milliarden Scheinen nach der Wiener Staatsdruckerei gegeben worden ist. Die Gründe hierfür wurden als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet. Die Versammlung kann ihren Credo über den Vorwurf nicht erörtern, in dieser Frage die Interessen der Angehörigen der Organisationsrat demnach zu haben. Die Verammelten verlangen im Hinblick auf die sich täglich steigende große Arbeitslosigkeit, diese Polynahme der Reichsbank und deren kapitalistischen Charakter unbedingt rückgängig zu machen und den Auftrag der Berliner Arbeitererschaft zurückzugeben. Auch fordert die Versammlung die gemäßigten Arbeiterräte auf, sich ihrer Pflicht zu erinnern.

Der Achtstundentag der Bühnenarbeiter.

Ferdinand Gregori, der erste Vorsitzende der Vereinigung sächsischer Bühnenarbeiter, hat eine Umfrage bei den Mitgliedern dieser Vereinigung veranstaltet, über die von den Bühnenarbeitern gestellte Forderung des Achtstundentages. Gregori spricht sich gegen die Einführung des Achtstundentages im Bühnenbetrieb aus, da er davon Schäden für den Theaterbetrieb fürchtet. Er verlangt daher Sonderbestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit am Theater.

Dazu schreibt uns nun der Arbeiterausschuß des Staats-Theater: Die schweren Schäden, die Herr Gregori als Folge der Einführung des Achtstundentages aufführt, sind vom Standpunkte des Kassenverwalters, der das technische Personal in erster Linie als Auszubildende betrachtet, nur zu verständlich. Mit denselben Argumenten haben die Kapitalisten der Privatindustrie ja jahrelang in ähnlicher Weise den Achtstundentag bekämpft. Herr Gregori soll sich hüten, die Arbeiterchaft durch Sonderbestimmungen der Arbeitszeit durch die Monopolisierung zu provozieren. Nachdem die Staats- sowie andere Theater bereits seit neun Monaten mit Erfolg die achtstündige Arbeitszeit durchgeführt haben, ohne daß der künstlerische Fortschritt gestört wurde. Nicht nur ausnahmsweise, sondern sobald es die Notwendigkeit ergab, wurde mit voller Delegation produziert. Bei guter Einteilung im Einzelnen mit den Ausschüssen sind Generalproben und Premieren in ihrer Weise gehandhabt worden. Gewissen die Unternehmer ihre Zeit für gekommen, um durch Verdrängung der Tatsachen bei den maßgebenden Behörden ihre alte Position wieder erobern zu können. Dann wird die Arbeiterchaft rechtzeitig allen diesen Manipulationen zu begegnen wissen. Die Bühnenleitung jedoch hat die Pflicht, erneut zur Sozialisierung resp. zur Kommunalisierung der Theater Stellung zu nehmen. D. durch, daß nach erfolgter Sozialisierung der Gewinn der Operetten, Lustspiele und Schauspiele den Operndarfern zugute kommt, wird der Staat in der Lage sein, den Angehörigen eine Lebensmöglichkeit bei achtstündiger Arbeitszeit zu garantieren, andererseits durch Besetzung sächsischer Theaterdirektoren die Theater auf nicht-künstlerische Höhe zu bringen und Volksvorstellungen bei mäßigen Preisen zu geben.

Wir sehen ebenfalls keine Notwendigkeit ein, warum dem technischen Bühnenpersonal der Achtstundentag vorenthalten werden soll. An den vermehrten Kosten die Gregori hauptsächlich ins Spiel führt, kann und darf der Achtstundentag nicht scheitern.

Wohlt nicht nach Düsseldorf als Dienstmädchen. Diese Warnung ruft der Zentralverband der Hausangestellten den Dienstmädchen zu. In Düsseldorf soll eine Arbeitsbewegung gegen die schlechten Stellen eingeleitet werden, und daher ist August fernzubehalten.

Der Streit bei der Firma Wessner Reuquell ist beendet. Die Differenzen sind durch Verhandlungen mit der Organisation zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt.

Drohender Bankrott in Hamburg. Da die Bankherren in Hamburg einen Schiedspruch, der den Angestellten eine Wirtschaftskrise zugesprochen hatte, ablehnten, beschließen die Bankbeamten, den Darlehensauswahlskommissionar zu ersuchen, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Falls dies nicht bis zum heutigen Sonnabend durchgesetzt wird, soll über den Streit abgestimmt werden.

Der Streit bei der Firma Wessner Reuquell ist beendet. Die Differenzen sind durch Verhandlungen mit der Organisation zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt.

Drohender Bankrott in Hamburg. Da die Bankherren in Hamburg einen Schiedspruch, der den Angestellten eine Wirtschaftskrise zugesprochen hatte, ablehnten, beschließen die Bankbeamten, den Darlehensauswahlskommissionar zu ersuchen, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Falls dies nicht bis zum heutigen Sonnabend durchgesetzt wird, soll über den Streit abgestimmt werden.

Haase's Anklagerede

50 Pfennig

ist soeben erschienen!

Reichsverfassung, die in der letzten Woche von der Nationalversammlung angenommen worden ist, jede Verfolgung und Verhaftung von Abgeordneten während der Dauer der Nationalversammlung verbietet, kann Genosse Eichhorn endlich an die Ausübung des ihm von seinen Wählern übertragenen Mandats scheitern, was ihm bisher durch die gegen ihn betriebene Hölle unmöglich gemacht wurde.

Genehmigung des Betriebsräte-Gesetzes.

Berlin, 8. August.

Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 7. d. M. dem Entwurf eines Betriebsrätegesetzes seine Zustimmung erteilt. Derselbe geht nunmehr dem Staatenausschuß zur verfassungsmäßigen Beschlussfassung zu und wird alsdann sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden. Die Veröffentlichung des Gesetzes im "Reichsanzeiger" steht unmittelbar bevor.

Strafanträge gegen Kriegsverbrecher.

Geschlossene Verhängung der Schutzhaft.

Der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener, der sich jetzt "Internationaler Schutzhaftverband" nennt, hat, wie die "Röschische Zeitung" erfährt, in einer Versammlung im Herrenhause die Forderung aufgestellt, gegen die ehemaligen Kriegsverbrecher der Kommandantur Schackien, Dr. Wolff und Dr. M. O. Frankfurter wegen geschlossener Schutzhaft bei Verhängung der Schutzhaft Strafanträge zu stellen.

Der Vorwurf gegen Justizbeamte, ungesetzmäßig und willkürlich Verhaftungen vorgenommen zu haben, stellt eines der schwersten Demütigungsakte dar, die das deutsche Strafrecht kennt.

Polnische Brunnenvergiftung.

Eine Berliner Lokal-Korrespondenz will erfahren haben, daß ein Reichstagsabgeordneter, der sich als Vertreter des Genossen Rosenfeld ausgab und behauptete, Vertreter des Untersuchungsangestellten Bielewitsch von Tschla zu sein und der dadurch zu diesem Zutritt erhielt, Tschla zu bestimmen versuchte, keine Auslagen über sein Zusammenstehen mit maßgebenden Führern der U. S. P. zu machen. Tschla sei jedoch hierauf nicht eingegangen. Ferner hätten "andere" Untersuchungsangestellte, die der U. S. P. angehören, mehrfach versucht, Tschla dahin zu bringen, daß er über Untersuchungen mit Führern der U. S. P. keine Äußerung machen sollte.

Diese Mitteilung stellt eine geradezu skandalöse Verächtlichkeit unserer Partei dar. Sie trägt nur allzu deutlich den Stempel größter Fälschung auf der Stirne. Denn es ist vollkommen ausgeschlossen, daß heute einem unbekanntem Menschen, der keine Vollmacht nachweisen kann, Zutritt zu einem Untersuchungsangestellten gewährt wird, zumal hierzu vor allem die Erlaubnis des betreffenden Untersuchungsrichters erforderlich ist. Dem Verbrechen eines Mannes wie Tschla, der nach der wenigen Tagen für irrsinnig erklärt wurde, mißt man heute scheinbar einen solchen Glauben bei, daß man daraus eine so ungeheuerliche Verächtlichkeit gegen Mitglieder unserer Partei macht und eine demütigende Stimmungsmache treibt. Solches sind demnach überhaupt die Namen der Untersuchungsangestellten, die versucht haben sollen, auf Tschla einzuwirken! Sie werden selbstverständlich nicht genannt!

Der Heimtransport der russischen Kriegsgefangenen aus Deutschland.

Wie die B. V. N. an zuständiger Stelle erfahren, sind alle einschränkenden Bestimmungen der Alliierten über den Heimtransport der russischen Kriegsgefangenen von Deutschland aufgehoben. Der deutschen Regierung bleibt lediglich die Verpflegung dieser Gefangenen überlassen. Sie kann nach eigenem Gutdünken die Heimförderung vornehmen.

Die Friedensfrage in Amerika.

Amsterdam, 8. August.

Das Pressebureau Mable meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing ist vor dem Ausschuss des Senats für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um die Friedenskonferenz in Paris betreffende Fragen zu beantworten. "New York World" zufolge erklärte Lansing, daß dem Senat kein Wort von den Verhandlungen auf der Friedenskonferenz mitgeteilt werden könne, wenn nicht die anderen Mitglieder der Konferenz der Veröffentlichung zustimmen. Die Besetzung Lansing's ergab keine Tatsachen, die dem Publikum nicht bereits bekannt waren.

Amsterdam, 8. August.

"Daily News" vom 8. meldet aus New York, daß die industrielle Lage in Amerika zur Ratifizierung des Friedensvertrages beitragen werde. Die Ungeduld wegen der Verzögerung der Ratifizierung des Vertrages mache sich bereits geltend. Die Erklärungen Paruhs, der Wilson's Finanzratgeber war, bewiesen deutlich, daß die amerikanischen Politiker die Schwächung der europäischen Politiker über das Zahlungsvermögen Deutschlands lächerlich finden. Paruhs, Genosse Davis, erklärte, die erste von Deutschland zu machende Angahlung, die auf 5 Milliarden Dollar festgesetzt worden sei, würde auf 1 bis 2 Milliarden hinauslaufen. Die offizielle Ansicht in Amerika gehe dahin, daß, wenn Deutschland Kapital besitze, es dies dazu anwenden sollte, seine Industrien in Gang zu setzen, um so einen allgemeinen Zusammenbruch Europas zu verhindern.

Die Finanzlage in England.

Haag, 8. August. (H. N.)

Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus gab Chamberlain im Zusammenhang mit der englischen Finanzlage eine ernste Warnung ab. Falls die Staatsausgaben sich nicht erheblich verringern würden und die Erzeugung wesentlich vergrößert würde, ginge England einem Staatsbankrott entgegen. Im Unterhaus wurde weiter mitgeteilt, daß die Kohlenproduktion diese Woche nur 2 1/2 Millionen Tonnen betragen hat, d. h. noch nicht die Hälfte der wöchentlichen Erzeugung in der vorletzten Woche.

maßen Fragen einer gründlichen Erörterung unterzogen. Bei der Lösung der ungarischen Frage scheint die Orient-Politik der ganzen mitteleuropäischen Problematik vor Augen zu haben. Dem Erzherzog Josef scheint eine bedeutende Rolle zugeordnet zu sein. Aber die Verhandlungen gehen an sämtliche Entente-Mächte ein. Wichtigkeit werden die ungarischen Politik-entscheidungen in Wien, Prag und Bregenz aufgeföhrt, nach Budapest zu kommen, um ihre Wünsche kund zu geben.

Italien protestiert gegen die Wiederherstellung der Monarchie.

Wien, 8. August. (H. N.)

Nach einer Meldung der "Morgenszeitung" hat Italien bei der Entente gegen die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn protestiert. Der aus Triest zurückgekehrte italienische Gesandte Brigo Borghese zeigte sich über die Entwicklung der Dinge in Ungarn sehr verstimmt.

Die alliierte Militärkommission.

T. U. Amsterdam, 8. August.

Dem "Gendarmenblatt" wird aus Paris gemeldet: Man wirft der Frage auf, welche Rolle die internationalisierte Militärkommission spielen soll, die sich nach Budapest begeben wird, um dort die vom Obersten Rat übertragene Maßnahmen zu treffen. Der Oberste Rat scheint den Rumänen mitgeteilt zu haben, daß sie ihre Waffenstillstandsbedingungen mäßigen müssen.

Einsetzung der amerikanischen Lebensmittelzufuhren.

Paris, 8. August. (Reuter.)

Hoover hat Befehl gegeben, alle Lebensmittelzufuhren nach Budapest einzustellen, da die Rumänen diese Lebensmittel aus dem Lande fortzuschaffen.

Die Entente gegen die Reaktion in Ungarn.

Haag, 8. August. (H. N.)

Die "Times" meldet, daß bereits vor Monaten hinsichtlich Ungarns ähnliche Pläne in Erwägung gezogen und auch schon damals besprochen wurde, Erzherzog Josef zum König von Ungarn zu ernennen. Die Entente, die angeblich für die Demokratie kämpft, hilft und unterstützt nun den ungarischen Adel und spielt dadurch in die Karten der Revolutionäre.

Aus Paris kommen gleichfalls Meldungen, daß man in Konzentrationen die Ernennung des Erzherzogs Josef unangenehm empfindet. Besonders die Amerikaner erwidern, daß das Aufsteigen der alliierten Westmächte gegenrevolutionär ist, und daß es die demokratischen Kräfte in Ungarn unterdrückt.

Sie wittern Morgenluft.

Das Problem Ungarn bereitet den Alliierten neben Italien und Freude einige Leiden. Die Wiederherstellung der Monarchie ist ihnen natürlich überaus sympathisch und bietet ihnen eine willkommene Gelegenheit, die Unhaltbarkeit der bolschewistischen Monarchie überhaupt darzulegen. Der Sturz des bolschewistischen Regimes bereitet ihnen einen Hohn. — Unsympathisch dagegen ist es ihnen — aber, dürfte man, mühte es ihnen sein —, daß die neue Monarchie von des Feindes Gnaden errichtet wurde. Doch schließlich werden alle Gedanken besorgt von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit jener blutigen und goldenen Internationalen des Nationalismus, Chauvinismus und Kapitalismus. Das ungarische Volk, bisher ein Objekt der Verachtung und des Spottes, wird nun überaus wohlwollend behandelt und man ist sogar bereit, dem Erzherzog Josef die Hände zu verlegen, daß er sich in der Oktoberrevolution, sein Weltregimentum verweisen, zur Republik bekannte. (Dieser Seitenherausdruck braucht ja nicht allzu ernst genommen zu werden.)

Die "Deutsche Zeitung" gibt zu wissen vor, daß der "Gendarmenblatt" persönlich beim ungarischen Völkchen außerordentlich beliebt sei und so meint, er könne wohl hoffen, der Schwiegerbräutigam zu werden. Ihr Bruderblatt, "Die Post", schreibt: "Daß die Entente in die haarsträubenden Zustände eingriff, muß man eigentlich begründen."

Man bedenke, die Alliierten begrüßen einen Schritt des "Gendarmenblatt" und der "Alliierten Welt". Weiter schreibt die "Post": "Wenn die Ungarn der Meinung sind, daß der Schritt zum Königtum ihnen Nahrung bringt, werden sie ihn ablehnen." "Es müßte den Ungarn überlassen bleiben, ob sie sich heute wieder zu den Wählern in ihrem Staatskapital bekennen wollen. Ist, da sie vom Dampf erhit sind." Der Dampf ist Bela Kun, dessen Aufnahme durch die Regierung von Deutschland die "Post" entschieden verurteilt: "Es ist ein Skandal, daß die Wiener einen solchen Kapitalverbrecher frei herumlaufen lassen, und es ist bedauerlich, daß dieser Mann, der seit zum Tausend nicht länger hinter Schloß und Riegel ist." Die "Post" entscheidet sich für die Alliierten, in Deutschland schon an diesen Sozialistenbüchern mit gutem Erfolg erprobt.

Wie interessant aber sind die Sätze des Zentrumskollegen, der "Germania". Da heißt es:

"Natürlich muß der Demokrat es als grundsätzlich richtig billigen, daß das ungarische Volk in die Lage versetzt wird, sich eine Staatsform nach der Meinung seiner Mehrheit zu schaffen, und wenn diese Mehrheit sich für die Monarchie entscheidet sollte, so würde dabei sicherlich die Person des Erzherzogs Josef nicht ohne großen Einfluß sein. Es ist bekannt, daß er seit langem das populäre Mitglied des Königshauses in Ungarn gewesen ist. Der in diesen Tagen das 47. Lebensjahr vollendende Erzherzog ist geboren in Ungarn mit Leib und Seele..."

Die Auffassungen der "Germania" über den monarchistischen Wählern in Ungarn sind zwar sehr vorsichtig, sie engagieren die Partei zu nichts, lassen aber deutlich merken, daß das jetzt republikanisch herrschende Zentrum recht froh ist, daß die monarchistische Reaktion evolution auf dem Marsch ist.

Ja, die Herren wittern Morgenluft...

Genosse Eichhorn zum ersten Male in der Nationalversammlung.

In der Sitzung der Nationalversammlung am 7. August ist Genosse Eichhorn, der frühere Polizeipräsident von Berlin, der von den bürgerlichen Parteien und von den Rechtssozialisten unter den schärfsten Anschuldigungen wie ein wildes Tier verfolgt wurde, zum ersten Male als Abgeordneter erschienen. Da die neue

Theater und Veranstaltungen.

Volksbühne, Theater am Hiltzplatz, 7 1/2 Uhr, Der Katerbogen.

Stralauer Theater, 8. Melchior - K. Bernauer, Theater 1. d. Rüdingwitzer Straße.

Königsplatz, 8 Uhr, Der Katerbogen, Komödienhaus.

2 Uhr, Theater am Hiltzplatz, Berliner Theater.

7 1/2 Uhr, Die Dame im Frack, Residenz-Theater.

Wilmersdorfer, 7 Uhr, Der gute Ruf.

Wintergarten Varietévorstellung

8 Uhr, Silo-Sänger, Theater am Hiltzplatz.

Der heilige Florian, überall stürmischer Lacherfolg, in der Hauptrolle der Verfasser Philipp Weichand (Hias), täglich 7 1/2 Uhr, Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Möbel-Beiser, Lothringers Strasse 67, liefert auf bequemste Teilzahlung und gegen bar Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen zu mäßigen Preisen.

Biedorf-Eid, Kaufdorf-Eid, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Dillen-Grundstück, Felkenhagen-West, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Mändler! Hausierer! Turn- u. Haus-Schuhe, am besten Beispiel mit Leder-Sohle vorrätig, Arend-Schuh-Fabrik Kurt Wolfsohn.

Spezial-Arzt, Dr. med. Karl Reinhardt, Haut- und Hornarzt, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Kupfer - Messing - Zinksilber, Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle kaufen, Peters, Prenzlauer Straße 24.

Empfehlenswerte Bücher russischer Autoren, Das rote Lachen, D. Leben Vater Wassili Fiweiski's, Die sieben Gehentken, Der Gouverneur, Judas Ischariot und die andern, Zu den Sternen, Der Idiot, Barbaren, Eine Beichte, Die Feinde.

!!! Geld !!!, Wir liefern Möbel, kompl. Schlaf-, Speise-, Herzenszimmer usw., Köche mit Einzelmöbel auf Teilzahlung.

Elektromotore, Gleichstrom in Drehstrom, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Einzelmöbel, Kleiderbügel, Verkleidung, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

FREIHEIT, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Genossen! Vergiß niemals die „Freiheit“ als diejenige Zeitung zu nennen, die Euch zum Anlauf oder Verkauf veranlaßt hat.

Das rote Lachen, Das Mittelfeld, Märchen der Wirklichkeit, Die Mutter, Meine Kindheit, Nachtasyl, Sommergäste, Der Spitzel, Wie ein Mensch geboren ward, Schatten, Herr und Knecht, Der lebende Leichnam.

Freie Vereinigung der Berleghausen, Sonntag, den 10. August, um 10 Uhr, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Internationaler Bund der Kriegesbeschädigten, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Demonstrations-Berammlung, am Sonntag, den 10. August, um 9 Uhr, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

haben selbst die Kleinen Anzeigen, in der „Freiheit“, in der Nähe d. Hiltzplatz, in der Nähe d. Hiltzplatz.

Deutscher Metallarbeiter-Vorband, Todes-Anzeige! Robert Fieitz, Max Hackenbeck, Artur Voigt, Klara Klittmann, Nachruf! Walter Schadenberg, Paul Klein, Albert Steffen.

Ich kann nicht schweigen, Krieg und Vernunft, Der Teufel, Das Unkraut, Die gefälschten Wandrer, Kanna, Und das Licht scheint in der Finsternis, Briefe 1848-1910, Nachgelassene Werke, Erzählungen, Aus Sturmeszeit.

kräftigen Charakter, aber auch zu sehr wichtigen grundsätzlichen Fragen, wie sie in dem Abschnitt über die

Grundrechte und Grundpflichten

abgehandelt sind. Die Sozialdemokratie hat von ihren alten Forderungen viel geopfert; in diesem Abschnitt, aber auch in der Ausgestaltung des konstitutiven Teils der Verfassung von ihren alten Forderungen viele Forderungen nicht einmal sozialistische Charakter, sondern solche, die die Sozialdemokratie immer an den feindlichen Staat gestellt hatte. Ich spreche nicht von der Reichsverfassung, die ist nur so mit in das große Opfer hineingeworfen worden. Aber wichtiger ist schon die Vermeidung jedes Versuchs, eine vollständige Aufhebung des Gewaltsystems herbeizuführen, geschweige denn gemäß den Bestimmungen des Parteiprogramms die Wahl der Richter und ferner auch die Wahl der Behörden durch das Volk in der Verfassung zu fordern. Die Sozialdemokratie ist in dem Bedürfnis nach weiterer Zusammenhalt mit den zur Schaffung einer Mehrheit notwendigen bürgerlichen Parteien so weit gegangen, daß sie eine so völlig unsozialistische Forderung, wie die Erhaltung des Mittelstandes, hat durchgehen lassen. (Zusatz von den Sozialdemokraten: Das haben wir abgelehnt.)

Aber die Verfassung werden Sie wegen einer so unsozialistischen Forderung vermutlich nicht ablehnen. — Während noch das Parteiprogramm von 1875 vom Wahlischen Einleitungsprogramm mit dem Satz begann: „Die Arbeit ist die Quelle aller Güter“, schwächt sich das jetzt ab in die von den Herren Rechtssozialisten gebilligte Fassung, daß die Arbeitkraft unter dem besonderen Schutz des Reichs stehe. Aus der zentralen Stellung, die der Arbeiter zu verlangen hat, weil er der Schöpfer dieser Quelle aller Güter ist, macht jetzt die Verfassung unter Zustimmung der Rechtssozialisten den Anspruch des Arbeiters auf ein einheitliches Arbeitsrecht, das übrigens in der Verfassung nicht einmal geschaffen, sondern für eine vielleicht sehr ferne Zukunft versprochen wird.

Die grundsätzlichen Bestimmungen im zweiten Hauptteil der Verfassung sind eine

Verluste der Demokratie und des Sozialismus

und sind, praktisch gesprochen, eine Folge der Zusammenarbeit mit dem Zentrum. Selbst das Zentrum ist, namentlich in seinen wirtschaftlichen Grundgedanken, hinter die besten Traditionen des katholischen Sozialismus zurückgegangen. Was der Bischof Ketteler sich vorstellt hat von der Bedeutung der Arbeiterschaft im Staat und von der Angreifbarkeit des Eigentums im öffentlichen Interesse usw., es ist überwunden in den Grundrechten des Zentrum, ganz zu geschweigen von den lateinischen, wie Thomas von Aquin das Eigentum genannt hat, von der Stellung die Thomas zum Eigentum überhaupt und zu seiner Bedeutung für den Staat und die Gesellschaft eingenommen hat. Das ist alles überholt in den Grundrechten des Zentrum. Der Satz von Thomas v. Aquin über die lateinische ist nicht allzu weit entfernt von Proudshous Satz, daß Eigentum Diebstahl sei. Jetzt hören wir es anders. Es ist ein sehr langer Weg, der von Ketteler zu Kautsky und von Thomas v. Aquin zu Bebel führt.

Unsere Stellung gegenüber diesem Verfassungswerk

ist darnach aus den Gesichtspunkten der Demokratie und des Sozialismus gegeben und geboten. Wir werden nicht für die Verfassung kämpfen. Wir begnügen uns nicht mit dem resignierten Bekenntnis des Abgeordneten Hagenstein, daß in der Demokratie, die vermeintlich in der Verfassung geschaffen oder festgelegt wird, so viel Sozialismus sein werde, wie jetzt wirtschaftlich möglich sei. Das ist ein mildes Bekenntnis zum Sozialismus, das ist eine Entsagung, die sich nicht zuträgt, entscheidend bei der Gestaltung der Dinge mitzuwirken und die Dinge zu meistern. Es ist die falsche Folgerung, die aus den Kriegserlebnissen gezogen werden kann, wenn man, wie es nach den Worten des Herrn Abgeordneten Hagenstein scheint, der Meinung ist, der Sozialismus sei durch den Krieg vernichtet. Ganz im Gegenteil, er hat durch ihn erhalten und muß durch ihn gewinnen einen neuen starken Antrieb. Wir müssen und müssen darüber klar sein, daß die Stellung der Kriegsergebnisse wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, menschlicher und namentlich auch ethischer Art ohne den Sozialismus nicht möglich und nicht erreichbar ist durch den Sozialismus. (Sehr wahr v. d. U. Soz.) Wir haben selbstverständlich auch nicht die Auffassung des Herrn Abgeordneten Heine, der in der formalen Befestigung der Verfassung vom 16. April 1871 den Abschluß der stolzen Epoche der deutschen Geschichte erblickt. Ganz im Gegenteil sind wir der Überzeugung, daß die folgenschwerste Epoche der deutschen Geschichte und der Menschheitsgeschichte nicht erst beginnen soll, wo der Wahnsinn der alten Entwürfe und der bisherigen Konstruktionen des Deutschen Reichs, das auf Macht und nur auf äußere Macht gegründet war, endgültig widerlegt sind. (Nur bei der Deutschen Volkspartei: Wir werden leben!) Diese folgenschwerste Entwicklung ist nur möglich als eine Entwicklung des Sozialismus und sie ist ebenso nur denkbar und möglich unter Ablehnung von dem engen Nationalismus, der bisher die deutsche Politik beherrscht hat, und im Aufstieg zum Internationalismus. Die deutsche Arbeiterschaft, die ganze breite Masse der Bevölkerung, die nicht zuletzt und hauptsächlich durch diesen Krieg in ihrem gesellschaftlichen Sein vernichtet worden ist, sie wird sich nur aufbauen und erheben können im engen Anschluß an die gleich lebenden und gleich strebenden, arbeitenden, anstrengenden und ererbenden Klassen der anderen Welt. Die Ablehnung des Nationalismus, die Mahnung zum Internationalismus, die Ablehnung der Scheidemokratie und die Mahnung zur wahren Demokratie, das ist die Überzeugung, aus der heraus wir diese Verfassung ablehnen und unsere Arbeit fortsetzen müssen. (Braun v. d. U. Soz.)

Groß-Berlin.

Zufervergendung.

Aus ärztlichen Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift: In der Verantwortung einer Anfrage des Genossen Annet hat ein Gemeinderat der Regierung die Beabsichtigung Lieferung inländischen Bieres zur Herstellung von Heibelbierweizen damit begründet, es handle sich hier um einen Wein, der für medizinische Zwecke unentbehrlich sei. Diese Motivierung beweist, daß der Gemeinderat sehr schlecht beraten ist. Heibelbierweizen ist durchaus keine unentbehrliche Medizin, er spielt vielmehr im Arzneibuch eine höchst unbedeutende Rolle. In dem Handbuch der Arzneimittellehre von Hoffmann werden die Heibelbieren sogar als eine „ganz überflüssige“ Droge bezeichnet und im Deutschen Arzneibuch sind sie überhaupt nicht aufgeführt. Tatsächlich gibt es eine große Zahl von Heilmitteln, die den Heibelbieren an Wirksamkeit und Billigkeit gewaltig überlegen sind. Der Arzt verschreibt Heibelbierweizen häufig als „Darmerweichung“ leiden, ohne ernstlich krank zu sein. Im übrigen leidet ein Tee aus getrockneten Heibelbieren mindestens derselben Dienst wie jener Wein. Daß zur Fabrication dieses überflüssigen Getränks Zucker bis zum Höchstmaß von 5000 Doppelcentnern — eine Million Pfund!! — ausgegeben werden soll, ist eine unverschämte Verwendung dieses kostbaren Nahrungsmittels. Dunderthausende unterernährter, blut-

armer, Prophanster Kinder könnten davon einen wirklich heilbringenden Zusatz zu ihrer Nahrung erhalten.

Eine noch empfindlichere Beeinträchtigung der Volksgesundheit ist es, wenn, wie in dem Verteilungsplan bereits festgelegt ist, 240 000 Zentner Zucker zur Weinguckerung den Weinfabrikanten überlassen werden sollen. Während für Einmündige angeblich kein Gramm zur Verfügung steht, wagt man es, 24 Mill. Pfund zur Weinbereitung freizugeben. Ein erheblicher Teil davon wird bei der Alkoholgärung gerührt, ein anderer Teil dient dazu, die sauren Weine genießbar zu machen. Heute also, wo die großen Massen sich in einem Zustand bedrohlicher Unterernährung und herabgesetzter Lebensenergie befinden, soll ein Nahrungsmittel in ein Genußmittel für die Wohlhabenden umgewandelt werden! Hat die Regierung denn nur die Interessen der Weinfabrikanten und Weinkonsumenten zu vertreten?

Platz des freien Fischhandels.

Die Freigabe des Fischhandels hat, wie wir bereits berichtet haben, zu dem unerhörten Freistreiberien auf den Fischauktionen in Lughaven und Hamburg geführt, so daß man sich schnell einschließen mußte, die Versteigerungen wieder aufzuheben und die Fische wie früher planmäßig zu verteilen.

Nach einer Meldung aus Hamburg hat der Verband der deutschen Fischereifischer im Eimernehmen mit Fischhandel und Fischindustrie beschlossen, Versteigerungen nur bei großen Zufuhren abhalten zu lassen, bei geringen Zufuhren dagegen Verteilung der Fische vorzunehmen, und zwar zu den alten Preisen, wie sie der Reichskommissar für Fischversorgung für Massenfische festgesetzt hatte. Diese Maßnahme trat bereits gestern in Kraft.

In Hamburg haben die hohen Fischpreise, die weniger durch mangelhaftes Angebot auf den Versteigerungen hervorgerufen wurden und die Empörung der Bevölkerung erregten, den Arbeiterrat von Lughaven veranlaßt, einen besonderen Ausschuss zu wählen, der beim Gemeindevorstand vorstellig werden soll.

Aus Kiel wird gemeldet, daß die Freistreiberien auf dem Kieler Fischmarkt erste Urkunden in der Arbeiterschaft befürchten lassen. Vom häuslichen Ernährungsamt sind mit den Fisch-Interessengruppen Verhandlungen eingeleitet worden, um eine Befestigung des Marktes herbeizuführen.

Schneller und gründlicher konnten wohl die Gefahren, die mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft verknüpft sind, nicht offenbart werden. Hauptsächlich stehen unsere Reichsteile die Ausbeutung aus diesen Erfahrungen.

Weiterführung des Schülerstreiks.

Gestern abend fanden zwei sehr stark besuchte Versammlungen der Hoch- und Fortbildungsschulen statt, die sich mit dem Verlauf des Streiks und dem Ergebnis der Verhandlungen über die Forderungen der Schüler beschäftigten.

In der Versammlung in der Weimstraße erhaltete Jugendgenosse Paul den Bericht. Zahlreiche Haft- und Geldstrafen wurden über am Streik beteiligte Jugendliche verhängt. Die Jugend verlangt, daß die sozialistischen Stadtverordneten in der Schuldeputation für die Aufhebung der Haft- und Geldstrafen eintreten. Der Bericht über die Verhandlungen mit der Schuldeputation erweckte stürmische Unterbrechungen. Das Resultat der Verhandlungen ist die Anerkennung der Schülerrechte. (Zurufe: Auf dem Papier.) Prügel- und Arreststrafen sollen möglichst eingeschränkt werden. Die Abschaffung des Abendunterrichts wurde nicht erreicht. Es soll lediglich dafür Sorge getragen werden, daß der Nachmittagsunterricht nicht über 6 Uhr hinausgeht. In der Diskussion wurde von den meisten Rednern die Fortführung des Streiks verlangt. Gegen die rechtssozialistische Arbeiterjugend wurden lebhafteste Vorwürfe erhoben wegen Hinterziehung des Streiks. Es sprach ferner Genosse Schiller, der die irreführende und gefährliche Schreibweise der Presse brandmarkte. So hat der „Volk-Anzeiger“ zur Verhütung des Wonnoschen Schiller aufgefodert wegen Verführung der Jugend und Aufforderung zum Streik. Schiller stellte fest, daß er nicht unabhängiger Parteisekretär sei, sondern Arbeiterlofer. Die Versammlung verließ teilweise sehr härmisch. Es wurde einstimmig beschlossen, nach den Ferien den Streik weiterzuführen.

Die zweite, ebenfalls sehr stark besuchte Versammlung im Gemeinshaus sah die gleichen Beschlüsse.

Demonstration der Kriegsgeschädigten.

Die im Internationalen Bund der Kriegsgeschädigten zusammengeschlossenen Kriegsverletzten und die Arbeitslosen der Stadt Charlottenburg stellten in einer Versammlung im Volkshaus eine Reihe von Forderungen auf, u. a. Steuerfreiheit der Gemeindecinkommener bis zu einem Einkommen von 6000 M., sofortige Zumeisung von Zulohnungsmitteln, Absetzung der Heizung frei ins Haus, sofortige Entlassung der noch zu unrichtig tätigen Angestellten, um den Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde ein Demonstrationsszug nach dem Rathaus veranstaltet, an dem etwa 500 Personen teilnahmen. Dort wurden dem Stadtrat Goerig die Forderungen mit dem Entschluß überreicht, sofort in Verhandlungen einzutreten. Bis dahin verließ die Demonstration völlig friedlich. Da riefte eine Abteilung des Detachements Oben heran, um die Kriegsgeschädigten mit Gewalt von der Straße zu verdrängen. Ein Zusammenstoß wurde durch das Erscheinen des Stadtrats W. verhindert, der den Demonstrationen mitteilte, daß in Kürze die überreichten Forderungen vom Beirat der Kriegsgeschädigten- und Kriegs-Dienerbliebenen-Fürsorge geprüft werden würden. In diesen Verhandlungen sollten Kriegsgeschädigte hinzugezogen werden. Daraufhin zerstreute sich die Menge ruhig.

Na, also! Was mußten sich die Soldner wieder dazwischen mischen? Gelästete es ihnen nach dem Ruhme eines blutigen Sieges über die Kriegsgeschädigten?

Die Verpflegung der Regierungstruppen.

Die durchaus berechtigten Beschwerden weiter Kreise der Bevölkerung über die Verpflegung und Bekleidung der Regierungstruppen hat, wie gemeldet wird, die Regierung veranlaßt, die Verpflegung der Truppen vorzunehmen. Wird mit den Verschiedenheiten der Verpflegung in der inländischen Reichswehr und den ihr entsprechenden Formationen umschrieben. Hier soll ein Ausgleich geschaffen werden. „Veder“ meldet eine Korrespondenz von „unabhängiger“ Stelle, „es ist unmöglich, die bisherigen Sätze der Reichswehr auch den angegliederten Stellen zu gewähren. In Zukunft wird allgemein in der Armee nur im mobile Verpflegung getrieben werden. Mobile Verpflegung erhalten dann nur noch Truppenteile der eigentlichen Reichswehr, die sich in tatsächlicher Kampfsituation befinden. Aber auch für diese Truppe ist es wegen der allgemeinen Verpflegungsfrage unumgänglich notwendig, den Satz für Heilich etwas zu verringern. Vom 1. August ab erhalten die Truppen, denen mobile Verpflegung gewährt wird, 700 Gramm Brot täglich, alle anderen 600 Gramm. Neben dem Ausgleich von Häuten, die mit der Weigerung von Markenderwaren ausschließlich für die Reichswehr verbunden sind, folgen demnach Bestimmungen, die hiermit bemerkt, daß der Vorrat der Weidewirtschaft an Markenderwaren nur noch beschränkt ist und zum Konsumieren gewinnt.“

Darüber scheint die gute Zeit der Soldner vorbei zu sein. Nun, wir wollen es einmal sehen, ob die Regierung ihre Ver-

sprechungen zur Befriedigung der Bevölkerung auch faktisch durchführt.

Wieder 200 Zentner Eped beschlagnahmt. Die Epedschleppern nehmen einen größeren Umfang an. Wie gemeldet wird, ist gestern auf dem Anhalter Güterbahnhof wieder ein Wagen beschlagnahmt worden, der etwa zweihundert Epeden enthielt. Als Empfänger ist eine Berliner Großhandlung angegeben worden.

Arbeiterriß. Beim Abbau eines Gerätes, das an dem Hause Friedrichstraße 73 zum Befestigen neuer Plafonds errichtet war, löste sich eine Leiter, worauf ein Teil des Gerätes zusammenfiel. Drei auf dem Gerüst stehende Arbeiter rückten mit in die Tiefe. Der Leitermeister, der die Arbeit leitete, wurde von der Leiter am Kopfe getroffen und schwer verletzt, während die beiden anderen Arbeiter mit geringfügigen Verletzungen davonkamen.

Explosionsunfall im Spandauer Feuerwerkslaboratorium. Auf dem Feuerwerkslaboratorium in Spandau, wo gemäß dem Friedensvertrage jetzt alle Häuser zerlegt werden, kam es zu einer Explosion. Es wurden vier Personen schwer und drei leicht verletzt. Eine Person ist gestorben; der Betrieb ist teilweise stillgelegt.

Der Raubüberfall auf den Juwelenhändler Leon in der Offenbacher Straße hat nunmehr durch die Verhaftung des viererten Täters seine volle Aufklärung gefunden. Der türkische Oberleutnant Nouri ist gestern in Hamburg in einem Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofs verhaftet worden. Nouri bestreitet vollständig jede Beteiligung an dem Raubüberfall.

Ein schwerer Straßenausschlag ereignete sich gestern nachmittag in der Müllerstraße. Vor dem Hause Nr. 54/55 geriet eine noch unbekannt Frau mit einem etwa 5 Jahre alten Knaben, den sie an der Hand führte, unter einen Lastkraftwagen, der die Kennzeichennummer I E 5352 führte. Die Frau und das Kind erlitten schwere Kopfverletzungen und wurden nach dem Einbruch ins Krankenhaus gebracht. Der Verstoß der Frau kurz nach dem Einbruch, während das Kind noch bestunntungslos darniederlag. Die unbekannt Frau trug ein dunkelblaues Kleid, schwarze Strümpfe und Halbhuhe. Ihr Trauring ist D. 10. 8. 13 gezeichnet. Der Knabe trug einen schwarzen Strohhut mit schwarzem Band, das die Aufschrift „Deutschösterreich“ trägt und einen schwarzen Mantel. Die Schuldfrage über den Unfall ist noch nicht geklärt.

Luftschiffverkehr Berlin-Brandenburg. Die Deutsche Luftschiffahrt-Aktiengesellschaft wird gegen Ende dieses Monats eine regelmäßige Luftschiffverbindung zwischen Berlin und Brandenburg am Bodensee mit Rücksicht auf die Schweißdampfer einrichten. Die Fahrtafel beträgt ungefähr 12 bis 14 Stunden, der Fahrpreis 400 Mark. — Also nichts für Kinderdemittele.

Freie Hochschulgemeinde für Professoreln.

Die Freie Hochschulgemeinde für Professoreln beabsichtigt Mitte August einen Kursus „Landwirtschaftlicher Fachunterricht“ einzurichten. Zur Teilnahme wollen sich Arbeiter schriftlich oder mündlich bei uns in unserem Bureau: In den Zeiten 23, Zimmer 23. In Betracht kommen Hörer aus folgenden Kreisen: 1. Auszubildende Professoreln. 2. Erwerbslose, die dem platten Lande entstammen und geographisch dorthin zurückkehren wollen. 3. Funktionäre und Arbeiterräte von den Groß-Berliner Reichsgüter. 4. Funktionäre und Arbeiterräte der städt. Lebensmittel- und Brennstoffversorgung. 5. Arbeiter, Betriebsräte und Funktionäre aus Industrie, Landwirtschaft, Klein- (Landwirtschaftliche Maschinen, Hebelwesen, Zentralen, Mühlen, Spinnereien usw.) 6. Arbeiter, Betriebsräte und Funktionäre aus der Dampfmotorenindustrie. Meldungen bis 11. August erbeten. Die Sprechstunde haben solchen Anhang gefunden, daß sie von jetzt an nur noch Anmeldungen von Arbeiter- und Betriebsräten, die sich ausstellen müssen, annehmen können. Der Rechtskursus für Jugendliche findet Sommersemester von 5 1/2 bis 7 Uhr, für Arbeiterräte von 7 bis 9 Uhr Nachts statt.

Lebensmittellisten.

Banken. Vom Sonnabend ab, Abschnitte 60, 69, 70, je 200 Gramm ausländische Hülsenfrüchte. Nichtenberg. Die Zufuhr von Frühkartoffeln ist zur Zeit außerordentlich reichlich, so daß neben den bereits für die Ausgabe bestimmten Frühkartoffeln auf die Abschnitte 309, 310, 311 der Frühkartoffeln auf die Abschnitte 309, 310, 311 der Frühkartoffeln verteilt werden können.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. U. S. V. D. u. R. V. D. Sonntag früh 8 Uhr allgemeine Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus. Neukölln, 15. 18. Bezirk treffen sich um 1/2 10 Uhr zum 15. Bezirk, der 15. Bezirk der Kolonnen, Neukölln, 15. 18. Bezirk bei Nischen, Oberstr. 4, der 15. Bezirk am Wasserurm. Die Flugblattverteilung soll so sein, das um 1/2 11 Uhr vom Kornplatz abmarschieren werden kann. Riedershausen. Sonntag nachmittag 4 Uhr in Nichtenberg (Lokal Groß) für die Landorte Nichtenberg, Schilow, Nichtenberg, Schönlitz und Guntz öffentliche Versammlung. Gen. Flugblattverteilung über die politische Lage. Die Genossen von Riedershausen treffen sich punktlich 1 Uhr mittags am Eisenbahnplatz Nichtenberg. Nichtenberg. Heute, Sonnabend, Sommerfest, bestehend in Konzert, innerlichen Vorführungen, Spezialitäten usw. im Lokal Bellevue, Hauptstraße 2. Kassenöffnung 3 Uhr. Beginn 4 Uhr. Eintritt 1 M. Treptow-Baumfällschweg. Heute abend um 8 Uhr Flugblattverteilung in Treptow von Lokal Schütze, Goeßelstraße 19, in Treptow Schulweg von Krause, Kieselstraße.

Bereinstander.

Am. Nord, Spandau. Die nicht im Betrieb beschäftigten Arbeiter innerhalb dessen sich heute vormittag 10 Uhr zweites Bereinstandungsangelegenheit sämtlicher Zeitungsarbeiter. Sonntag vormittag 10 Uhr Versammlung in der Fühormonte, Bernburger Straße, Bezirk der Tarifvertragskommission. Aktionsauschuss Hohenschönhausen. Montag nachmittag 4 Uhr Versammlung der Arbeiter und Angehörigen der Polizei und Funktionäre im Restaurant „Frischek“ Berliner Straße. Tagesaktives Bühnenpersonal. Sonntag vormittag 10 Uhr Versammlung im Gemeinshaus, Ebnitzer 15. Bericht der Tarifkommission. Arbeiter-Gesamterbund. Aktion Groß-Berlin. Ebnitzer haben nächste Woche: Montag abend 7 1/2 Uhr Bezirk Tempelhof, Berliner Straße 22 Restaurant Fontane. — Bezirk Ebnitz. Abt. 1: Reichsbanner usw. — Donnerstag: Bezirk Berlin, No. 3: Reichsbanner, Bezirk 11, Restaurant. Abt. 4: Charlottenburg. Arbeiter-Bezirk 41 b, Restaurant. — Die Zeitungsveranstaltungen sollen im August ausfallen. Dafür am 27. August Generalversammlung Reichsbanner. Arbeiter-Verband „Naturfreund“. Mitgliederbesprechung: 1. Reichow-Rennen. Abt. 1: Sonntag 6 30 Uhr nachm. Ebnitzer Gesamtversammlung. 2. Reichsbanner-Ges. Ebnitzer. Abt. 1: Sonntag 6 30 Uhr nachm. Ebnitzer. 3. G. C. Kreuz-Verband. Abt. 1: Sonntag 7 16 Uhr nachm. Ebnitzer. 4. Chorin-Ebnitzer. Abt. 1: Sonntag 6 30 Uhr nachm. Ebnitzer. 5. Ebnitzer-Verband. Abt. 1: Sonntag 7 16 Uhr nachm. Ebnitzer. 6. Ebnitzer-Verband. Abt. 1: Sonntag 7 16 Uhr nachm. Ebnitzer. 7. Ebnitzer-Verband. Abt. 1: Sonntag 7 16 Uhr nachm. Ebnitzer.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielefeld. Redaktion: Verlagsanstalt „Arbeit“, z. B. u. d. O. Berlin. — Druck: Verlagsanstalt und Verlagsdruckerei z. B. u. d. O. Berlin.